

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 23

Artikel: Keule statt Florett
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keule statt Florett

Dem polnischen Ministerpräsidenten Mieczyslaw Rakowski sei zuzutrauen, den Kampf gegen die Opposition variantenreicher zu führen als seine Vorgänger, hatten wir in der letzten Nummer geschrieben, dabei aber wahrhaftig nicht an die Holzhammervariante gedacht, die mit der angekündigten Schliessung der Leninwerft von Danzig produziert worden ist. Wenn es dabei bleibt, kommt es zur Konfrontation mit dem polnischen Volk, und wenn es nicht dabei bleibt, desavouiert sich die Regierung selber.

Die Leninwerft hat einen Symbolgehalt, der mit ihrem Namen nichts zu tun hat: Basis der Solidarnosc damals wie heute, und in diesem Sinn ist sie jedem Polen präsent. Deshalb hatte die Doppelfinte, mit der man den Stilllegungsbeschluss der Öffentlichkeit vorlegte, keinerlei Aussicht, auch nur einen Augenblick lang gewürdigt zu werden, nicht einmal als Perfidie.

Unbeholfene Tricks

Der eine Teil der vermeintlichen Finte betraf die zuständige Instanz. Als man die Bombe am 29. Oktober platzen liess, sprach man von einem «Entscheid des Industrieministeriums». Der Entscheid war in der Tat vom Politbüro getroffen worden, und das war so flagrant, dass man sich die Tarnung ruhig hätte ersparen können.

In dieser Nummer

Afghanistan ohne Frieden	4
Interviews mit Daniel Jurt und Michel Mueller	
SOI-Hilfsfonds für Afghanistan	7
Eine ausserordentliche Aktion wird abgeschlossen	
Kuropaty	8
Ein sowjetischer Bericht über stalinistische «Schlachthöfe» bei Minsk	
Der Buchtip	10
Die seinerzeitigen Schauprozesse in Osteuropa	
Gorbatschow gestärkt	12
Konstellationen in der Sowjetführung	
Das Erbe für Bush	14
Erfolge und Misserfolge der US-Aussenpolitik	

Der andere Teil der vermeintlichen Finte betraf die Begründung, wonach mit der Werft ein unrentables Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden müsse. Hier fragten die Polen (fast) nicht danach, ob die Rentabilitätsaussage zutrefte oder nicht; ihnen genügte es zu wissen, dass die Begründung nicht der Grund war.

Über den Entscheid waren weder die Werkleitung noch die offiziellen Gewerkschaften vorgängig unterrichtet worden, so dass sich nun auch der relativ regimeloyale Teil der Arbeiterschaft vor den Kopf gestossen fühlt. Eine weitere Einbusse für das sozialistische System und für den «geschickten» Rakowski.

Rüstungsoffer und Wirtschaftlichkeit

Unrentable Betriebe gibt es viele in Polen, und es ist ein erklärtes Ziel der ökonomisch ausgerichteten Reformen, mit dieser Erscheinung aufzuräumen. An sich wäre die Frage (bloss in einem weniger gelogenen Kontext aufgeworfen) nach der wirtschaftlichen Bedeutung der Werft keineswegs uninteressant.

Ein halbes Dementi zur amtlichen ökonomischen Begründung hat der Werftdirektor Czeslaw Tolwinski gegeben, als er erklärte, dass die finanzielle Lage der Werft «nicht schlecht» sei und jedenfalls erheblich besser als vor zwei Jahren. Das beantwortet die Rentabilitätsfrage nicht, aber eine Gesamtantwort ist schon deshalb nicht zu erwarten, weil Rüstungsaufträge einen erheblichen Teil der Produktion bilden.

Auf jeden Fall ist die Leninwerft ein wichtiger Wirtschaftskomplex. Sie beschäftigt 11 000 Personen, die technisch überdurchschnittlich gut ausgebildet sind. Das Werk arbeitet zu 85 % für die UdSSR, und viele seiner Aufträge sind militärischer Art und werden hoch subventioniert.

Dieser Aspekt ist natürlich auch interessant. Wie kann es zur Stilllegung eines solchen Zulieferbetriebes kommen? Zweifellos hat Rakowski bei seinem vorgängigen Moskauer Besuch das Traktandum vorgelegt und grünes Licht erhalten, keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Aus welchen Gründen haben die Sowjets eingewilligt? Ihr eigenes

Interesse daran, der polnischen Solidarnosc auf diese plumpe Art eins auszuwischen, ist wohl gering, aber vielleicht sind sie gar nicht so unglücklich über die Gelegenheit, sich von militärischen Zulieferungen aus dem unberechenbaren Polen etwas abzunabeln.

Aus der Sicht der polnischen Wirtschaft heraus aber ist zu sagen, dass die Werft von ihren Einrichtungen her nicht auf die militärischen Aufträge angewiesen bleiben muss. Mit Umstellungen und Diversifizierungen lässt sich der Bau von kleineren Handels- und Fischfangschiffen ausweiten.

Dann verfügt die Werft über eine ganze Anzahl von Anlagen, die allgemein verwendbare Güter herstellen, auch wenn die jeweiligen Abteilungen momentan spezialisiert auf das Seewesen ausgerichtet sind. Das betrifft Behälter für Chemikalien aller Art, Kühlausrüstungen, Dieselmotoren, Holzverarbeitungsprodukte und vielerlei Maschinen, die in der betriebseigenen Schlosserei entstehen. Das sind alles Dinge, die man nicht nur auf Schiffen braucht, und mit Umstellungen, die zu bewerkstelligen sind, könnte man andere Verkehrsträger beliefern, dann die Bauwirtschaft oder sogar (mit Agrarmaschinen) die Landwirtschaft.

Eine restrukturierte und diversifizierte Leninwerft könnte ausgesprochen gut imstande sein, der notleidenden Wirtschaft des Landes unter die Arme zu greifen. Nötig dazu wäre der gute Wille, der aus politischen Gründen eben nicht vorhanden ist.

Die Solidarnosc zum Puffer machen?

Somit bleibt es dabei: Die Massnahme ist ausschliesslich als direkter Schlag gegen die Geburtsstätte der Solidarnosc gedacht, gegen ein Hauptsymbol der unabhängigen Arbeiterbewegung. Und das wiederum macht nur als vorsätzliche Herausforderung an die gesamte Opposition und als vorsätzliche Absage an die «Politik des Dialogs» einen Sinn. Das Kalkül dahinter könnte so aussehen: Entweder lässt sich die Solidarnosc bis zur tätlichen Konfrontation reizen und kann dann – notfalls blutig – wieder zerschlagen werden, oder die Solidarnosc lässt sich nicht reizen und verliert dann das Vertrauen der Arbeiter. Grundlegend falsch ist – oder wäre – das Kalkül deshalb, weil es dem Regime über einen allfälligen Tagessieg



«Wir haben eine Planwirtschaft, und somit muss auch diese Krise geplant gewesen sein.»
(«Szpilki», Warschau, Nr. 44/1988)

hinaus nichts einbringt: Man setzt seine eigene Unbeliebtheit ein, um den Gegenspieler zu verwirren, und das ist das Gegenteil jeder vertrauensbildenden Massnahme.

Vielleicht vermeint die polnische Führung aus den akuten Krisen der polnischen Vergangenheit etwas gelernt zu haben. 1956, 1970 und 1980/81 hatte die Partei jeweils unter dem Druck von offenen Revolten nachgeben müssen, und die jeweiligen Führungen unter Edward Ochab (1956), Wladyslaw Gomulka (1970) und Edward Gierek (1980) wurden gestürzt. Heute indessen steht die Partei einer Hauptopposition gegenüber, die sich – zu ihrem Glück oder Unglück – selber der offenen Revolte entgegenstellt, nämlich der Solidarnosc. Auch jetzt ist es die (immer noch nicht zugelassene) Gewerkschaft selber gewesen, welche mit ihrem ganzen Gewicht die spontanen Solidaritätsstreiks in andern Danziger Werken zu Ende gebracht hat. Walesa und seine Berater haben ein Konzept der legalen Opposition und halten sich daran, was wiederum bewirkt, dass die Partei zwischen sich und den allfälligerweise aufbegehrenden Massen sozusagen einen Schutzwall hat, von ebener Organisation gebildet, die sie so liebend gern aufgerieben sehen möchte, weil sie momentan die einzige ernst zu nehmende Alternative darstellt.

Hass macht blind, und was die Führer nicht sehen, ist die Möglichkeit, dass ihr allfälliger Triumph über die Solidarnosc ihnen eine weit schlimmere Alternative bescheren kann.

Unmittelbar kontraproduktiv

Ein «Ausweg» bietet sich ironischerweise dadurch an, dass sich die beschlossene Werftschiessung schon jetzt als Fiasko herausstellt, und zwar in den eigenen Reihen.

Rakowski gilt heute bei weitem nicht nur innerhalb der Opposition als Urheber der Krise. Die offiziellen Gewerkschaften sind deutlich Richtung Solidarnosc gerückt, und innerhalb der Partei macht sich Abscheu vor den Methoden der neuen Regierung breit. Rakowski könnte von seinen Genossen sehr wohl schneller geopfert werden als Walesa von seiner Basis. ■

AUS DEM SOI

«Dicke Post»

Mit dem Absender «Ost-Europa-Institut Bern» hat ein Mitbürger in einer Berner Gemeinde «dicke Post» erhalten, nämlich das sogenannte Leuchter-Dokument. Dieses hat seinen Namen von Fred A. Leuchter jr., angeblich wohnhaft in den USA, der Gesteinsproben aus Auschwitz, Birkenau und Majdanek untersucht und im Ergebnis die Indizien «überwältigend» gefunden haben will, dass es dort keine Gaskammern gegeben habe. Auf dem Leuchter-Dokument figuriert eine ausländische Postfachadresse, von der das Schweizerische Ost-Institut bereits einmal eine Sendung erhalten hat, die stark antisemitisch und neonazistisch war.

Das Schweizerische Ost-Institut verwahrt sich gegen die Versendung solchen Materials unter irreführenden Absenderangaben. Im übrigen muss es sich von derartigem Gedankengut schon allein deshalb nicht distanzieren, weil dieses im Gegensatz zu der vom SOI vertretenen Haltung steht.
Schweizerisches Ost-Institut

LIEBE LESER

Daniel Jurt, dessen Auskünfte über Afghanistan Sie auf der nächsten Seite lesen können, erscheint einem als nüchterner junger Mann, allen Phantastereien abhold, arbeitsam, ruhig und von selbständigem Urteil. Zu den Dingen, die er kopfschüttelnd missbilligt, gehören gewaltsame Auseinandersetzungen, religiöse Ausschliesslichkeitsansprüche und Helden. Sein Pech, sozusagen, dass er selber einer von ihnen ist. Jahr für Jahr zieht es ihn nach Afghanistan, zu den kämpfenden Mujahedin. Dort leistet er landwirtschaftliche Aufbauhilfe unter täglichen Strapazen und gelegentlichem Beschuss.

Der Walliser Arzt Dr. Michel Mueller hat auf seinen langen «Reisen» das grosse Land, kartographisch betrachtet, von oben bis unten kennengelernt und, konkret betrachtet, vor allem die Leiden der ungezählten Kriegssopfer, die er behandelt. Er bringt es fertig, dabei guten Mutes zu bleiben, auch wenn ihm manchmal die Wut hochkommt angesichts der zerrissenen Menschen in den bombenzerstörten Dörfern. Ihn charakterisieren? Sein Brief aus Afghanistan, den wir vor einem Jahr abgedruckt haben, hat es vielleicht am besten getan, der möglicherweise schönste Beitrag, den wir je veröffentlichten durften.

Das darf man nicht mit der afghanischen Thematik verwechseln. Wir haben Daniel Jurt und Michel Mueller zum Krieg befragt, und ihre Antworten sind entsprechend.

Die direkten Aussagen über Afghanistan brauchen wir, um uns vor Augen zu führen, was es heisst, dass der Krieg in Afghanistan noch nicht zu Ende ist. Wir haben uns in den letzten Jahren und Monaten vorrangig mit dem vor allem geistig gewaltigen Geschehen in der Sowjetunion befasst, wo die Perestrojka eine neue Mentalität schafft, und das ist im epochemachenden Sinn von entscheidender Wichtigkeit. Aber daneben dauert die zuvor geschaffene Realität fort, in vielen Belangen. In Afghanistan eben, wo der sowjetische Rückzug nicht oder noch nicht mit der Konsequenz der Selbstbestimmung für das afghanische Volk einhergeht und deshalb gestoppt wird, wenn das mörderisch aufgerüstete Regime trotz aller Vorkehrungen zusammenzubrechen droht. Und entsprechendes gilt auch sonst. Gerade neue Möglichkeiten schaffen auch neue Ansprüche, für Individuen so gut wie für Völker, und dann können sich die Testfälle der Zulassung durchaus dramatischer ausnehmen als die Friedhofstille zuvor; es ist sogar folgerichtig, dass sie es tun.

Falsch ist die Frage, ob nun die Perestrojka «echt» sei oder der Bombenkrieg; man muss das eine sehen ohne das andere zu übersehen. *Christian Brügger*